

GGG

Info

AUF NACH FRANKFURT!

Liebe Gesamtschulfreunde, liebe Mitglieder der GGG,

erneut ist die GGG in Frankfurt zu Gast, führt nach der Mitwirkung beim Inklusionskongress 2016 nun ihre Bundestagung in der Paul-Hindemith-Schule im Gallus durch. Unter dem Titel „**Demokratie offensiv leben – unsere Antwort auf aktuelle Herausforderungen**“ werden hierzu drei Aspekte dargestellt, die einmal mehr den Beitrag unserer Schulen zur Bewältigung gesellschaftlicher Aufgaben hervorheben (s. Plakat letzte Seite).

In Kooperation mit den Frankfurter IGS haben wir eine Reihe von Veranstaltungen zu einer „Woche der Gesamtschule“ gebündelt und in dieser Tagungsschule zusammengeführt, um gerade angesichts der Umbrüche in diesem Stadtteil die Chancen des gemeinsamen Lernens – für die Kinder und Jugendlichen wie das ganze Gemeinwesen – bewusst zu machen.

Neben Besuchern aus Frankfurt, Rhein-Main und Nachbarregionen, erwarten wir viele Teilnehmer*innen aus dem ganzen Bundesgebiet zu den verschiedenen Veranstaltungen, der Tagung und der Mitgliederversammlung der GGG am Freitag.

Weitere Informationen, wie auch die Anmeldung zur Tagung: www.ggg-bund.de

Auf Wiedersehen in Frankfurt! GERD-ULRICH FRANZ
Vorsitzender

INHALT

GGG aktuell

BV Tätigkeitsbericht 2015–2017	II
Kurzportrait: NRW-Bündnis „Eine Schule für alle“	III
Ergebnisse Landtagswahlen NRW und SH	V IV

GGG Länderberichte

Hamburg	VI
Rheinland-Pfalz	VI

GGG intern

Bundestagung und MV	VIII
Jubiläen	VIII

15.-18. November 2017

Woche der Gesamtschule

Frankfurt / Paul-Hindemith-Schule (PHS)

15.11.	Bildungscampus Gallus: „Gemeinsam aufwachsen und lernen - im Gallus und Europaviertel“	ab 18:00 (PHS)
16.11.	Schulbesuchstag IGS Kolleg*innen sind zum Diskurs eingeladen	
17.11.	Bundestagung der GGG „Demokratie offensiv leben“ - unsere Antwort auf aktuelle Herausforderungen	ab 10:30 (PHS)
18.11.	Bridges - Konzert, Friedenskirche Duo Flamenco & Ensemble Hope	19:30
	Markt der Möglichkeiten Frankfurter Gesamtschulen stellen sich vor	11-14:00 (PHS)

Informationen:
www.ggg-bund.de



Aus der Arbeit des Bundesvorstands 2015 – 2017

Diese war in dieser Wahlperiode besonders geprägt von den Umbrüchen, die durch den Ausfall unseres hauptamtlichen Geschäftsführers Michael Hüttenberger im Frühjahr 2016 ausgelöst wurden. Bereits bei der ersten Sitzung des neu gewählten Bundesvorstands im Januar 2016 in Berlin nahmen die Strukturen und Perspektiven des Verbandes großen Raum ein. Die zukünftigen Erwartungen an und Bedingungen für eine zentrale Geschäftsführung nach der für 2018 absehbaren Beendigung von Michael Hüttenbergers Tätigkeit sollten in einer AG mit Ländervertreter*innen geklärt werden. Die in einem ersten Treffen gesammelten Eckpunkte für die Aufgaben einer ehrenamtlichen Geschäftsführung und der Geschäftsstelle begünstigten den schnellen Übergang auf den stellvertretenden Vorsitzenden, Werner Kerski, dessen ganze Vorstandsarbeit in dieser Aufgabe gebunden wurde. Zunächst als Interims-, seit der MV 2016 als gewählter Geschäftsführer, organisierte er erfolgreich die Suche nach einer neuen Geschäftsstelle und deren personellen Betreuung: Seit 1.7.17 ist die Geschäftsstelle nun in der Huckarder Str.12 in Dortmund untergebracht – als Büropartner der GGG-NRW sowie von „fesch“ und „A&B“ – und wird von Sabrina Wortberg mit halber Stelle betreut.

Mit Michaels Ausfall musste auch die Betreuung der Website und zusätzlich die Neuorganisation des technischen Supports übernommen werden, was Lothar Sack zu seiner zentralen Aufgabe machte. In hunderten Stunden Arbeit hat er das technische Update und die Neugestaltung der Website der GGG geleistet und den Betrieb sichergestellt. Über beide Aufgaben und die Ergebnisse haben Lothar und Werner im GGG-Info in der GL 3/17 ausführlich berichtet – bleibt mir nur noch, beiden im Namen der GGG und persönlich für diesen außerordentlichen Einsatz zu danken.

Veranstaltungen und Kooperationen

Auch wenn der o.g. Umbruch die Arbeit des BV maßgeblich prägte, forderten die bereits eingegangenen Verpflichtungen wie auch notwendige Klärungen über die zukünftige Arbeit der GGG neben viel Raum und Diskussionszeit im Vorstand den vollen Einsatz aller Vorstandsmitglieder. Eher belastend war dabei die Absage der für den November 2016 geplanten Bundestagung in Jena aus finanziellen und organisatorischen Gründen, war doch in deren Vorbereitung schon eine ganze Menge Initiative und Arbeitskraft der BAG ‚Lernkultur‘ geflossen. Dennoch unterstützte der Vorstand geschlossen den Inklusionskongress am 26./27.9.2016 in der UNI-Frankfurt, den wir gemeinsam mit der GEW, dem GSV, der AHS und Poga sowie dem NRW-Bündnis „Eine Schule für alle“ durchgeführt haben.

Neben der Aktivierung von über 400 Teilnehmern hat der Kongress sicher dazu beigetragen, die Zusammenarbeit der Verbände zu intensivieren und verstärkt nach Wegen zu suchen, die Idee der „einen Schule für alle“ gemeinsam wieder stärker ins öffentliche Bewusstsein zu rücken. Die „Kongress-Koordinationsrunde“ trifft sich weiterhin regelmäßig und hat beschlossen, unter dem Kongresstitel „Eine für Alle – die inklusive Schule für die Demokratie“ eine **Broschürenreihe** herauszugeben. Heft 1 (Vortrag Muñoz) wurde zum traditionellen Himmelfahrtstreffen

am 24.–26.5.2017 und Heft 2 mit dem Vortrag von Dr. Reinald Eichholz im September 2017 herausgebracht – Heft 3 soll mit einem Beitrag von Prof. Dr. Theresa Degener noch in diesem Jahr folgen.

Beim letzten Treffen im August 2017 haben wir intensiv die Koordination der jeweiligen Aktivitäten besprochen und Möglichkeiten der Kooperation für das nächste Jahr verabredet.

Auf Beschluss des HA im März 2016 haben wir im Anschluss an den HA im September 2016 eine Klausur durchgeführt, die Barbara Brokamp (Montag-Stiftung) sehr erfolgreich moderiert hat. Es wurden vier Arbeitsfelder identifiziert und Gruppen gebildet, die mit den Ergebnissen der Klausur ihre Arbeit aufnahmen (vgl. GGG-Info 1/17 und 2/17). Die AGs haben jeweils getagt und berichteten im HA von ihrer Arbeit, in der Steuergruppe wurde das Vorgehen koordiniert, Ergebnisse sollen bis zum HA 1/18 vorgelegt werden.

Weitere Aktivitäten

GEMEINSAM LERNEN: Wir erhalten viel Lob für die gelungene Gestaltung und die Beiträge der gemeinsam mit dem Debus Pädagogik Verlag herausgegebene Zeitschrift. Allerdings ist bei der Zahl der Abonnenten noch deutlich Luft nach oben.

Es fällt auf, dass viele Mitglieder, insbesondere die Schulen, trotz extra Anschreiben und mehrfachen Hinweisen im GGG-Info, nicht die erforderliche Abobestellung getätigt haben – dies auf Ansprache aber oftmals nachholen. Hier können und müssen wir noch wei-



ter aktiv bleiben, um die Zeitschrift auf Dauer halten zu können.

Besuche bei den Landesverbänden: Die Vorstandsmitglieder haben an Veranstaltungen und Mitgliederversammlungen teilgenommen, der neue Vorsitzende hat die Gelegenheit genutzt, sich auf Einladung im Saarland, in Schleswig-Holstein, Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg vorzustellen. In Bawü fanden mit dem Verein der Gemeinschaftsschulen(GMS) weitere koordinierende Gespräche statt, um eine intensive Kooperation auf Dauer zu etablieren. Der Vorsitzende war auch zur MV des Vereins der GMS eingeladen,

der als Verein korporatives Mitglied in der GGG ist.

In Bayern wurden den beiden Gesamtschulen die neuen „Schulschilder“ übergeben. Wie auch in den anderen Ländern wurden diese mit Freude entgegengenommen und machen nun die Zugehörigkeit zur GGG nach innen und außen sichtbar.

Ausblick

Der organisatorischen Neuaufstellung des Bundesverbandes muss dringend noch eine personelle Verstärkung des Vorstands folgen, um die nun wieder ausschließlich ehrenamtlich getrage-

nen Aufgaben auf mehr Schultern zu verteilen. Das ist leider bisher noch nicht hinreichend gelungen. Hier sind alle GGG-Mitglieder und -Gremien gefordert, mögliche Kandidaten für einzelne Aufgaben im BV zu gewinnen.

Bis zu unserem Geburtstag in 2019 sollten wir Klarheit gewonnen haben, wie und mit welchen Strukturen wir als GGG offensiv(er) wirksam werden, um flankierend zur Arbeit unserer Schulen die gesellschaftliche Bedeutung des gemeinsamen Lernens in der einen Schule für alle Kinder stärker ins öffentliche Bewusstsein zu rücken.

GERD-ULRICH FRANZ



Eine Schule für alle
NRW Bündnis

Das im Mai 2007 gegründete Bündnis vereint Personen und Organisationen und bietet diesen offen und unbürokratisch Beteiligungsmöglichkeiten. Uns unterstützen bereits zahlreiche Personen sowie viele Organisationen u. a. ABA Fachverband e.V.; AHS; attac-Gruppen; DKSB in NRW; Falken-Bildungs- und Freizeitwerk NRW; GL-GLNRW e.V.; GGG NRW e.V.; GEW Stadt- und Kreisverbände; Laga NRW; LER NRW e.V.; LSV NRW; SoVD, NRW.

Unser Leitbild: In einer SCHULE FÜR ALLE sind alle Kinder willkommen. Sie stärkt die Kinder und befähigt sie zu aktiver Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Sie orientiert sich an einem humanistischen Menschenbild, an Demokratie und an den Menschenrechten, wie sie in der UN-Kinderrechtskonvention und der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen festgeschrieben sind.

Unsere Ziele: Wir setzen uns ein für eine Schule für alle, für gemeinsames Lernen bis Klasse 10 ohne Selektieren,

Sortieren und Abschulen, für mehr Chancengerechtigkeit bei der Bildung, mehr Demokratie in der Schule, individuelle Förderung und Inklusion, d. h. alle SchülerInnen haben das uneingeschränkte Recht, unabhängig von ihren Fähigkeiten oder Beeinträchtigungen sowie ihrer ethnischen, kulturellen oder sozialen Herkunft in einer Schule für alle zu lernen.

Unsere Aktivitäten: Öffentlichkeitsarbeit (Information und Beratung) sowie Kampagnen für Gemeinsames Lernen, um Vorurteile und Ängste abzubauen. Wir vernetzen uns und entwickeln

gemeinsam Strategien, um unsere Ziele politisch durchzusetzen. Aktuell bemühen wir uns um den Aufbau unabhängiger Beratungsstellen für Inklusion und vor Ort sind Mitglieder aktiv, um die Schulentwicklungsplanung kritisch zu begleiten. Auf Bündnistreffen findet fortlaufend ein Informationsaustausch statt. Unsere Homepage informiert über aktuelle Termine und stellt Stellungnahmen und Hintergrundinformationen zur Verfügung. www.nrw-eineschule.de

UTA KUMAR
Sprecherin

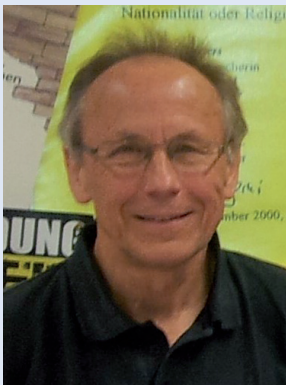


Gleiche Chancen für Ungleiche!

Zwei Landtagswahlen – ein überraschendes Desaster?!

Der Ausgang der Landtagswahlen in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen hat uns veranlasst, den Berichten hierzu in diesem Info mehr Raum zu geben und die Frage anzuschließen, wie die GGG damit umgeht.

Behrend Heeren, Dieter Zielinski und Gerd-Ulrich Franz arbeiten in der „AG Strategie“ mit, die nicht nur aus diesem Wahlausgang Folgerungen für eine größere Wirksamkeit ziehen und eine Strategie für die GGG entwickeln wird.



Dieter Zielinski

Rolle rückwärts in der Bildungspolitik in Schleswig-Holstein

Am 29.6.2017 hat Daniel Günther (CDU) im Landtag seine Regierungserklärung als neuer Ministerpräsident abgegeben. Anschließend haben die Fraktionsvorsitzenden der im Landtag vertretenen Parteien dazu und zum Koalitionsvertrag Stellung bezogen. Dabei hat die Bildungspolitik eine wichtige Rolle eingenommen. Das Motto könnte sein „Vorwärts in die Vergangenheit.“ Auch wenn die neue Landesregierung in vielen Politikbereichen nichts wirklich Neues anfasst, sieht es in der Bildungspolitik anders aus. Hier erfolgt ein qualitativer Wechsel im Geiste. Gewollt ist ein selektives Schulsystem. Da hilft es auch nichts, wenn die Grünen als Koalitionspartner von CDU und FDP von Bildungsgerechtigkeit und Chancengerechtigkeit als ihren zentralen Anliegen sprechen. Bei den beabsichtigten Veränderungen bleiben dies Worthülsen. Auffallend war die eindeutige Zustimmung der AfD zu den geplanten und von uns kriti-

sierten Veränderungen im Bildungsbereich. Das sollte doch zu denken geben.

Die GGG-Schleswig-Holstein hat in einer differenzierten Stellungnahme Position zum Koalitionsvertrag der neuen Landesregierung bezogen. Folgende Auszüge belegen, warum wir berechtigte Befürchtungen bezüglich eines Rückschrittes in der Bildungspolitik haben:

- Die geplanten Veränderungen im Lehrkräftebildungsgesetz mit der Wiedereinführung der schulartbezogenen Lehrkräfteausbildung, d. h. der Wiedereinführung eines Gymnasiallehreramt und eines Gemeinschaftsschullehreramt. Damit wird eine ganz wichtige, bundesweit beachtete Entscheidung zurückgenommen und dem Land ein Alleinstellungsmerkmal genommen.
- Die beabsichtigte Wiedereinführung einer schriftlichen Grundschulempfehlung, die an der weiterführenden Schule bei der Anmeldung vorgelegt werden muss.
- Die Aufweichung der im aktuellen Schulgesetz formulierten Rahmenbedingungen für das pädagogische Handeln an Gemeinschaftsschulen, zu denen die Rücknahme der Priorität eines binnendifferenzierenden Unterrichts zugunsten der äußeren Fachleistungsdifferenzierung, die Einführung standardisierter Notenzeugnisse und die Ermöglichung von Klassenwiederholungen gehören. Die Möglichkeiten befördern die Selektivität von Schule und widersprechen dem Kern einer inklusiven Pädagogik.
- Erschwernisse bei der Einrichtung weiterer Oberstufen an Gemeinschaftsschulen. Die Verteilung von Oberstufen an Gemeinschaftsschulen weist deutliche

regionale Unterschiede auf, mit der Konsequenz der Bildungsbenachteiligung für Schülerinnen und Schüler, die in diesen Regionen leben.

Fazit

Betrachtet man die Entwicklung der Schulpolitik in Schleswig-Holstein vor dem Hintergrund der mehrmals erfolgten Regierungswechsel der letzten 15 Jahre, so ist eindeutig folgender Trend zu erkennen. Regierungen unter Beteiligung oder Federführung der SPD, auch in Koalitionen mit Bündnis 90/Die Grünen und dem SSW, gelingt es, das gemeinsame Lernen auszubauen und zu stärken. Im Gegensatz dazu drehen konservativ-liberal geführte Regierungen das Rad immer wieder ein Stück zurück. Alle Parteien haben sich mit dem Zweisäulenmodell arrangiert, wobei die einen mehr die Gleichwertigkeit der beiden Schulformen betonen und die anderen mehr die unterschiedlichen Aufgaben von Gymnasien und Gemeinschaftsschulen und deren Zusammenwirken im selektiven System hervorheben. Die Überwindung dieses Systems wird in Schleswig-Holstein von keiner Partei mehr gefordert, mithin bleibt das Zweisäulenmodell mit der Sonderstellung des Gymnasiums ein selektives Schulsystem.

Zur Bewältigung der gesellschaftlichen Herausforderungen und zur Erfüllung übernommener Verpflichtungen, wie der Bewahrung der Menschenrechte, des Erhalts der Demokratie und der Umsetzung der Inklusion, wäre es jedoch erforderlich, die Rolle der Schule grundsätzlich neu zu denken. Nur wenn die Systemfragen in den Blick genommen und die gegebenen

Strukturen überwunden werden, sind erfolgversprechende Lösungen möglich.



Wortlaut der Stellungnahme der GGG Schleswig-Holstein im Newsletter 4, nachzulesen auf www.ggg-bund.de, Aktuelles/GGG Landesverbände aktuell



Behrend Heeren

Landtagswahl 2017 NRW Denkzettel für Rot/Grün durchaus berechtigt – Wahlerfolg für Schwarz/Gelb unverdient

Inklusion dilettantisch umgesetzt

Zu Beginn der Legislaturperiode 2012/13 war die Bildungspolitik nach langer Zeit ein Gewinnerthema der Landespolitik. Das änderte sich insbesondere mit der Umsetzung der Inklusion. Hier wurde ein gutes Ziel

handwerklich so miserabel umgesetzt, dass die Inklusion selbst an gesellschaftlicher Akzeptanz verloren hat. Die Opposition hat die Kritik gerne aufgegriffen und verstärkt, ohne eine Perspektive für eine gelingende Inklusion aufzuzeigen.

Chancen des Schulkonsenses zu wenig genutzt

Ähnliches gilt für den Schulkonsens. Endlich wurde dadurch die Diskussion um und über die integrierten Schulen entideologisiert. Nach einer langen Zeit des Stillstandes gab es ab 2012 eine Welle von Neugründungen von Gesamt- und Sekundarschulen. Die notwendige Begleitung des Prozesses blieb allerdings aus. Der Prozess lief ungesteuert unter der neuen neoliberalen Politik der Ermöglichung. Oberflächlich betrachtet ist die Verdoppelung der Zahl der integrierten Schulen ein Erfolg in Richtung der einen Schule für alle. Bei genauerer Betrachtung sind jedoch Probleme innerhalb des integrierten Systems und in der Schulstruktur insgesamt deutlich erkennbar. Das Land hat seine Steuerungsfunktion komplett aufgegeben. Die Folge ist ein schulischer Flickenteppich mit regional unterschiedlichen Bildungslandschaften und damit zunehmend ungleichen Bildungschancen.

Beratungsangebot der GGG NRW ignoriert

Die GGG NRW hat frühzeitig auf die sich abzeichnenden Probleme bei der Umsetzung der Inklusion und der Umsetzung des Schulkonsenses hingewiesen. Insgesamt haben wir – mit wenigen Ausnahmen – ein unverständliches Desinteresse des grün geführten Schulministeriums und der Landtagsabgeordneten der rot-grünen Koalition an der von der GGG NRW wiederholt angebotenen Beratung feststellen müssen.

Leider kann auch nicht davon ausgegangen werden, dass unter der neuen Landesregierung eine fortschrittliche Bildungspolitik in unserem Sinne kommen wird.

FDP will Inklusion stoppen und Gymnasien stärken

Die FDP stellt erstmalig in NRW die Bildungsministerin und will die aus ihrer Sicht

von rot-grün benachteiligten Gymnasien stärken. Das Schließen von Förderschulen soll beendet werden. Aus Sicht der neuen Ministerin sind vor allem die Gesamtschulen dazu geeignet, die schulische Inklusion im Bereich der weiterführenden Regelschulen zu leisten. Wenn die ohnehin privilegierten Gymnasien gestärkt werden sollen, ist klar, was das für die Gesamt- und Sekundarschulen bedeutet – die Bedingungen für die integrierten Schulen werden sich nicht verbessern.

GGG NRW vertritt Interessen integrierter Schulen gegenüber allen Landesregierungen

Die GGG NRW wird aber weiterhin im Interesse der integrierten Schulen die Bildungspolitik der künftigen Landesregierung nicht nur kritisch begleiten. Wir werden auch weiterhin unsere sachkundige Beratung anbieten. Das gilt natürlich auch für die Parteien der künftigen Opposition.

Gerd-Ulrich Franz

Was nun, was tun – GGG ?

Die Wahl in Schleswig-Holstein zeigt, dass auch ein „Schulfrieden“ einmal erreicht Glaubtes nicht auf Dauer sichert. In keinem Bundesland gibt oder gab es eine systematische, dauerhaft an dem Ziel der einen Schule für alle orientierte Bildungspolitik. Seit Jahrzehnten verändern Regierungswechsel immer wieder die Bedingungen und behindern so die Entwicklung der Gesamtschulen.

Zu keiner Zeit hat sich eine Regierung die Überwindung der Selektion in der Schule explizit oder implizit zu eigen gemacht. Auch Schritte in die richtige Richtung sparten stets die selektiven Momente der Schulformen und Abschlüsse aus. Wir haben uns daran gewöhnt, dass selbst Bündnispartner oftmals keine eindeutige politische Unterstützung zeigen. Widersprüche zwischen den Grundwerten der Verfassung und der Realität im Schulwesen wurden auch von uns nicht angeprangert.

Es ist an der Zeit, sehr radikal darauf zu bestehen, dass Gleichheit der Bildungschancen, dass die Menschenrechte der Maßstab für bildungspolitische Entscheidungen sein müssen. Hierfür werden wir in der ‚AG Strategie‘ eine Agenda erarbeiten, die als Orientierungslinie für eine notwendig radikale Neuausrichtung, die Beendigung der Selektion in der Schule dienen soll. Ansätze für strukturelle, organisatorische Veränderungen und die inhaltliche Weiterentwicklung des gemeinsamen Lernens sind gleichermaßen zu benennen. Es gilt bewusst zu machen, dass die derzeitige Struktur des Schulwesens, seine innere Organisation und die täglichen Abläufe weder die beste Entfaltung aller Kinder gewährleistet noch diese angemessen auf sich rasant verändernde Lebens- und Arbeitsbedingungen vorbereitet – und schon gar nicht förderlich für den Zusammenhalt der Gesellschaft ist. Mit einer solchen Agenda setzen wir den Auftrag aus der „Frankfurter Erklärung“ um, „gesellschaftliche Mehrheiten zu gewinnen“ und formulieren mögliche Schritte für die innere und äußere Weiterentwicklung des Systems und der Schulen selbst – unabhängig von der jeweiligen Situation in den Ländern. Adressaten sind Eltern, die gesellschaftliche Öffentlichkeit, Parteien und Bildungsverwaltung wie auch Lehrkräfte in allen Schulformen – es gilt die lernschädliche Selektion in der Schule endlich zu überwinden, die Potenziale aller Kinder bestmöglich zu entfalten, ihre Vielfalt zu nutzen und die Gemeinschaft durch erlebtes demokratisches Miteinander aller zu stärken.

HAMBURG

80 Stellungnahmen sind zu den Empfehlungen der Expertenkommission zur Reform der Hamburger Lehrerbildung eingegangen. Inwieweit sie Berücksichtigung finden, ist derzeit schwer zu beurteilen, auch deshalb, weil sie z.T. konträr sind.

Die GGG Hamburg hat in ihrer Stellungnahme kritisiert, dass der Auftrag an die Kommission den Erhalt derzeitiger Schulstruktur zementieren soll.

Die GGG hat drei Themenfelder benannt:

- Veränderung der traditionellen Sonderstellung des sonderpädagogischen Studiums hin zu einer Ausbildung, die die fachlichen, sonder- und sozialpädagogischen Anforderungen an inklusive Bildung und Erziehung in Gemeinsamkeit ermöglicht.
- Keine Abkoppelung des Grundschullehreramt, sondern Ermöglichung der Verzahnung für Grund- und weiterführenden Schulen.
- Für die Sekundarstufe schlägt die Kommission entsprechend dem Zwei-Säulen-Modell in Hamburg ein eigenständiges Stadtteilschullehramt vor. Das Gymnasiallehramt soll unangetastet bleiben. Die GGG fordert ein einheitliches Lehramt, das die großen gesellschaftlichen Herausforderungen von Inklusion, Migration und dem Anwachsen von Diversität im Blick hat.

In unserem Gespräch mit dem Bildungssektor wurde deutlich, dass zumindest in das letzte Thema Bewegung kommt; es ist aber auch zu befürchten, dass die Ausbildung für ein künftiges Sekundarstufen-Lehramt dann mit dem bisherigen Gymnasiallehramt identisch ist. Das wäre keine inhaltliche angemessene Antwort auf die Anforderungen inklusiver Pädagogik.

Unsere beiden Veranstaltungen mit Annemarie von der Groeben und Professor El-Mafaalani haben die Anwesenden wieder einmal darin bestärkt, wie gemeinsames Lernen gelingen kann und dass es eine notwendige Voraussetzung für Demokra-

tiebildung ist.

„Zusammen leben Zusammen lernen“ wird unsere Kampagne heißen, die wir gemeinsam mit dem befreundeten VIHS (Verband Integration an Hamburger Schule) im Oktober starten werden. Wir wollen in einen breiten gesellschaftlichen Dialog eintreten darüber, wie die Schule in der Gesellschaft von heute konkret gestaltet sein sollte, damit alle Kinder gemeinsam, gut und mit Freude lernen können. Dafür haben wir bekannte Menschen aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen in unserer Stadt gefunden, die diese Kampagne unterstützen und die Fahne für das gemeinsame Lernen aller Schülerinnen und Schüler mit hochhalten. Sie wollen wir zu Wort kommen lassen.

ANNA AMMONN

HESSEN

Die IGS Süd, eine neue IGS im alten Schulgebäude in Frankfurt Sachsenhausen ist auch schon Mitglied in der GGG. Herzlich Willkommen! Mehr zur Schule: www.igs-sued.eu.



v.l.: Silke Henningsen, Päd. Leitung,
Ursula Hartmann-Brichta, Schulleiterin
und Gerd-Ulrich Franz

RHEINLAND-PFALZ

Nach einer gemeinsamen Studienfahrt in Herbst 2016 nach Südtirol entstand zu Jahresbeginn ein rheinland-pfälzisches Bündnis *Pro Inklusion* aus *Eine Schule für Alle (RLP)*, *Landesverband der GGG*, *LAG Gemeinsam leben – gemeinsam lernen* und *Montessori Landesverband*. Derzeit entwickeln wir eine gemeinsame Plattform mit den nachfolgenden Elementen. Für Anfang 2018 ist eine Veranstaltung mit Prof. Dr. Georg Feuser geplant.

Welche Ziele wir vor Augen haben

Pro Inklusion fordert von den politisch Verantwortlichen, alle Anstrengungen auf die Umsetzung der Inklusion im Sinne der UN-BRK auszurichten. Dazu gehören als übergeordnete Ziele

1. Alle Kinder besuchen eine gemeinsame Schule.
2. Für die Aus-, Fort- und Weiterbildung gilt die Leitidee für inklusive Bildung. Lehrkräfte und andere pädagogische Berufe erhalten eine einheitliche, gleichwertige Ausbildung, die zu inklusiver Kompetenz führt.
3. Es findet eine aktive Förderung von Wissenschaft und Forschung zur UN-BRK an den Hochschulen statt.

Wovon wir uns leiten lassen

Mit der Ratifizierung der UN-BRK durch Bund und Länder hat diese Verfassungsrang. **Pro Inklusion** als Bündnis im Bildungsbereich fordert insbesondere die Umsetzung des Artikels 24 UN-BRK ein, worin die Vertragsstaaten das Recht von Menschen mit Behinderung auf Bildung anerkennen. „Um dieses Recht ohne Diskriminierung und auf der Grundlage der Chancengleichheit zu verwirklichen, gewährleisten die Vertragsstaaten ein inklusives Bildungssystem auf allen Ebenen ...“

Dabei verstehen wir Behinderung nicht als statischen Begriff, sondern das Verständnis von Behinderung muss im Sinne der Menschenrechte ständig weiterentwickelt werden und bezieht sich auf die

„Wechselwirkung zwischen Menschen mit Beeinträchtigungen und einstellungs- und umweltbedingten Barrieren.“

Auf dieser Grundlage setzt sich unser Bündnis dafür ein, dass

- Kinder mit Behinderungen zusammen mit ihren Gleichaltrigen in einer Schule für Alle für die Dauer der Schulpflicht gemeinsam lernen können,
- die entsprechenden pädagogischen, personellen, strukturellen und räumlichen Voraussetzungen geschaffen werden,
- die politisch Verantwortlichen sich der Tragweite der Verpflichtungen bewusst sind, die sich durch die UN-BRK ergibt und entsprechend handeln.

Den Elternwillen als politisches Instrument zum Erhalt des bestehenden Systems zu missbrauchen, entspricht nicht dem Menschenrechtsrang der UN-BRK. Dies gilt ebenso für die Exklusion von Kindern mit komplexer Behinderung.

Wie wir die aktuelle Situation sehen

Wir haben in RLP Rahmenbedingungen für Inklusion, die wir kritisch sehen:

- Schwerpunktschulen (SPS) haben die Aufgabe, Kinder mit Behinderung inklusiv zu unterrichten, d. h. die Kinder werden in eine neue Schule separiert.
- Förderschulen existieren weiter neben Grundschulen, Realschulen plus, Gymnasien und integrierten Gesamtschulen.
- Der Übergang Schule – Beruf ist strukturell und inhaltlich nicht gelöst.
- Der Elternwille entscheidet grundsätzlich über den Schulbesuch (SPS oder Förderschule), die Schulaufsicht entscheidet über den konkreten Förderort.
- Einige Förderschulen werden laut Schulgesetz zu sog. Förder- und Beratungszentren (FBZ) „weiterentwickelt“. FBZ sind letztlich nur Maßnahmen zur Standortsicherung von Förderschulen. Sie stehen im Widerspruch zur Zielsetzung eines inklusiven Schulsystems.
- Nach wie vor werden Kinder durch ein sonderpädagogisches Fördergutachten etikettiert. Es dient lediglich der Zuweisung.

- Lehrkräfte werden in verschiedenen am separierenden System orientierten Lehrämtern ausgebildet.

- Das Schulsystem insgesamt ist geprägt von selektiven Vorgaben (Notengebung, zwangswises Wiederholen einer Klasse, Abschulung, Empfehlungen für weiterführende Schulen etc.), die laut der empirischen Bildungsforschung seit langem keine Legitimation mehr haben.

Was jetzt passieren soll

Wir fordern einen Zeit- und Handlungsplan Inklusive Schule zur Erreichung der o. g. Ziele, in dem nachfolgende Maßnahmen ergriffen werden:

- Sofortiger Einschulungs- und Umstellungstopp in die Schulen mit den Förderschwerpunkten Lernen, Sprache und sozial-emotionale Entwicklung. Jahrgangweise aufsteigend Schließung aller Förderschulen und damit die Überwindung der Doppelstruktur von Regel- und Förderschulen.
- Kindertagesstätten sind inklusive Bildungseinrichtungen für alle Kinder. Sie besuchen danach die Schule für Alle.
- Alle Grundschulen werden ab sofort inklusive Schulen.
- Grund- und weiterführende Schulen werden zusammengeführt, d. h. es gibt keinen zweiphasigen Verlauf der Schullaufbahn. Inklusives Unterrichten setzt voraus, dass Kinder auch nach der 4. Klasse nicht in unterschiedliche Schularten aufgeteilt werden.
- An Förderschulen sollen keine Beförderungen und Einstellungen mehr erfolgen, Förderschullehrerinnen und -lehrer sowie weiteres Fachpersonal für Inklusion sind dem Regelschulsystem zuzuordnen.
- Die Lehrerbildung muss in gleichwertige stufen- und fachbezogene Studiengänge umstrukturiert werden: Inklusion ist Auftrag aller Lehrkräfte.

ROSEMI WAUBERT DE PUISEAU

Demokratie offensiv leben

- unsere Antwort auf aktuelle Herausforderungen



Ahmad Mansour
(u.a. Heroes Berlin)

**Islamisch begründete
Gewalt und demo-
kratische Aufklärung**



Prof. Dr. Rosemarie Tracy
(Univ. Mannheim)

**Sprache: Identitätsfindung,
Abgrenzung,
Verständigung**



Kurt Edler
(Vors. DeGeDe)

**Gefahr von rechts -
demokratische
Resilienz stärken**

Bundestagung 17. Nov. 2017

Paul-Hindemith-Schule, Frankfurt

www.paul-hindemith-schule.de
Schwalbacher Str. 71-77
60326 Frankfurt

PAUL
HINDEMITH
SCHULE
FRANKFURT

**Tagungs-Programm
und Anmeldung**
▶ www.ggg-bund.de

GGG

Verband für Schulen des gemeinsamen Lernens e.V.

Gemeinnützige
Gesellschaft
Gesamtschule



GGG

Verband für Schulen des gemeinsamen Lernens e.V.

GGG Verband für Schulen des
Gemeinsamen Lernens e.V.
Bundesgeschäftsstelle
Huckarder Straße 12, D-44147 Dortmund
Fon: +49-231-58694727
E-Mail: geschaeftsstelle@ggg-bund.de
www.ggg-bund.de

Portokosten sparen helfen
Nächstes GGG Info per Mail erhalten!
Bitte Rückmeldung an
geschaeftsstelle@ggg-bund.de

Jahresabo nur
€ 24,00
für GGG-
Mitglieder



Jubiläen/Geburtstage

Wir danken für 40 Jahre Mitgliedschaft	
Renate Kiefer	Willi Cälers
Hedi Mengert	Adalbert Goldbach
Hans-Ullrich Kötteritzsch	Hillevi Burmester
GEW Ortsverband Siegen	Helmuth Sturmhoebel
Heinz Benemann	Victor Hert
Otto Gertzen	Klaus-Dieter Lenzen
Norbert Kissler	GEW Stadtverband Duisburg
Jutta Webelsiep	Karl-Heinz Dähnhardt
Anette Schmitt	Lieselore Selbstaedt
Christiane Schmerbach	Jutta Westhäuser
Claudia Roppel	Uschi Hennicke
GEW Ortsverband Kamen	Rüdiger Wolter
Frieder Bechberger-Derscheidt	Hans-J. Greveler-Große-Oetringhaus

Wir gratulieren zum 80. Geburtstag	
Peter Schmoll	30.08.1937
Wir gratulieren zum 75. Geburtstag	
Gerd Grammann	29.08.1942
Bernd Gade	04.09.1942
Elke-Maria Kramer	14.09.1942
Dankwart Reichelt	22.09.1942
Wolfgang Vogel	07.10.1942
Hildegard Schulte	16.10.1942
Ingrid Klein	04.11.1942
Volker Allmann	23.12.1942
Helga Kiefeld	19.01.1943
Siegrid Trommershäuser	13.02.1943
Renate Schmidtke	16.02.1943